

**Gemeinsam. Sozial. Für NRW.**

**Sozialpolitische Positionen und Forderungen  
der Freien Wohlfahrtspflege NRW  
zur Landtagswahl 2017**

– Auszug –

**Integration fördern, Teilhabe stärken**

**Strukturelle Armutsbekämpfung**

## Strukturelle Armutsbekämpfung

Im Kapitel „Armen eine Stimme geben“, das im Sozialbericht des Landes NRW 2016 durch Interviews mit von Armut betroffenen Menschen, die Zugänge bzw. die Segregation aus den Systemen der Gesundheit, des Wohnens, der Bildung, der gesellschaftlichen Teilhabe aufgreift, ist seitens der LAG FW dargelegt, wie sich Armut und soziale Ausgrenzung auswirken. Ebenso sind darin Lösungsansätze enthalten. Hieraus abgeleitet, entstehen Positionen und Forderungen im Kontext der Zugänge zu den Systemen der sozialen Sicherung sowie zu deren Ausbau.

### Unsere Forderungen und Positionen:

- Umsetzung der Verpflichtung des Landes, **für gleiche Lebensbedingungen zu sorgen**: Alleinstehende und Familien mit geringen Einkommen haben immer größere Probleme, bezahlbare Wohnungen zu finden. Besonders betroffen sind Alleinerziehende und Menschen mit besonderen Bedarfen und Handicaps. Auch in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe ist viel zu tun. Armut von Alleinerziehenden und ihren Kindern muss durch eine gleichstellungsorientierte Familien- und Arbeitsmarktpolitik verhindert werden. Die Einführung von Teilhabeleistungen durch das BuT, eine Mobilitätskarte für Kinder und Jugendliche sowie ältere Menschen mit geringen und aufstockenden Renten und ein kostenfreies Mittagessen in den Kindertageseinrichtungen und Ganztagschulen sind Beispiele für erste Schritte.
- **Aufgreifen der Problembeschreibungen und Lösungsansätze von Betroffenen**, um die Zugänge zu den Systemen zu verbessern. Ein Beispiel betrifft die Abfassung von Behördenschreiben in leichter Sprache.
- Eine **strukturierte und an einem roten Faden orientierende Armutsbekämpfung** bedarf der Beendigung der Verschiebung von Verantwortungen durch die Nichtabstimmung von Ministerien bei Gesetzesvorlagen, Richtlinien und Projekten und in der Folge eine Wirkungsanalyse der getroffenen Maßnahmen auf die Gesellschaft und andere Politikbereiche.
- **Einwirkung auf die Bundesebene**, um z. B. in den Bereichen des SGB II oder der Arbeitsmarktpolitik Veränderungen zu bewirken, die eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen vor Ort zur Folge haben (z.B. Sanktionen, Mindestlohn, Berechnung des Regelsatzes).
- **Aufhebung der Unübersichtlichkeit** bei den Projekten, den Projektinhalten und den Förderprogrammen und **Überführung von guten Projekten in die Regelfinanzierung**.